

HIER IST ZUKUNFT ZU HAUSE

ZU HAUSE VIEL VOR

Wie hat die grüingeführte Landesregierung die grünen Themen vorangetrieben?

Die grüne Landtagsfraktion fasst das Wichtigste zusammen

- Was haben wir bereits erreicht?
- Was haben wir noch vor?

Hier ist Zukunft zuhause Zuhause viel vor	Grüne Ziele	Die grüingeführte Landesregierung hat die Weichen gestellt und unterstützt die Kommunen
Hier ist Zukunft zuhause Zuhause viel vor	Die großen Aufgaben, vor denen wir stehen – der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Zeiten der Klimakrise – scheinen oftmals außerhalb des Einflussbereichs der Städte und Kommunen zu liegen. Dabei entscheidet sich die Zukunft vor Ort: durch unser Tun und Unterlassen. Wir Grüne bewerben uns	Der grünen Landtagsfraktion ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Kommunen ihre Aufgaben verlässlich und gut wahrnehmen können. Denn nur gemeinsam können Land und Kommunen die Energie- und die Mobilitätswende und die Einhaltung der globalen Klimaschutzziele bewerkstelligen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt von Menschen unterschiedlicher Herkunft, verschiedenen Geschlechts, sexueller Orientierung, Hautfarbe, Religion und mit vielfältigen Fähigkeiten wird in den Städten und Gemeinden organisiert und muss dort gelingen. Deshalb sorgen wir für gute Daseinsvorsorge - von der Kinderbetreuung bis zu nachhaltiger Mobilität, modernen Krankenhäusern, bezahlbaren Wohnungen oder Beratung und Hilfen in Notlagen - und wir statten die Kommunen finanziell gut dafür aus.

	<p>darum, Sie auch in den kommenden fünf Jahren ehrenamtlich im Gemeinderat, in den Ortschaftsräten, im Kreistag und der Region vertreten zu dürfen. Weil wir weiter für eine gesunde Natur und umweltfreundliches Wirtschaften, für starke Familien und für Freiheit in unserer vielfältigen Gesellschaft arbeiten wollen.</p>	<p>Seit dem Regierungsantritt der Grünen 2011 sind die Leistungen des Landes nach dem Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich um rund vier Milliarden Euro gestiegen – von 6,3 Mrd. Euro in 2011 auf über 10 Mrd. Euro in 2019</p> <p>Im Bundesvergleich stehen Baden-Württembergs Landkreise, Städte und Gemeinden sehr gut da:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die <u>Gesamteinnahmen der baden-württembergischen Kommunen</u> sind unter den grün-geführten Landesregierungen seit 2011 <u>um deutlich mehr als 10 Mrd. Euro gestiegen</u>: von 28,3 Mrd. Euro in 2011 auf 38,5 Mrd. Euro in 2017. In den Jahren 2011 bis 2017 haben die Kommunen Baden-Württembergs so einen Überschuss von insgesamt 8,1 Mrd. Euro erwirtschaftet. • <u>Die Schulden in den Kernhaushalten der Kommunen</u> sind im gleichen Zeitraum im Durchschnitt aller Kommunen um 8 Prozent gesunken. Insgesamt haben die baden-württembergischen Kommunen bundesweit die geringste Verschuldung. 2017 hatten sie im Schnitt 560 Euro Schulden je Einwohner. In Bayern betrug die Schuldenlast im Vergleich 925 Euro je Einwohner; in Rheinland-Pfalz waren es sogar 3.470 Euro. <p>Wir übernehmen Verantwortung dafür, dass auch die Generationen nach uns in einer gesunden Umwelt und in einem funktionierenden Gemeinwesen leben können.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Den <u>Kommunalen Investitionsfonds (KIF)</u> stocken wir weiter auf, von 865 Millionen in 2017 auf 930 Millionen in 2018 und auf 950 Millionen in 2019. • Im <u>Ausgleichstock</u> nehmen wir ab dem laufenden Jahr 2019 eine <u>Inflationsanpassung</u> in Höhe von plus 10 Millionen Euro jährlich vor. • Zu Beginn der laufenden Legislaturperiode (2016 – 2021) haben wir einen <u>Finanzpakt mit den Kommunen</u> ausgehandelt, der bis 2021 Planungssicherheit bietet und die Kommunen finanziell solide ausstattet.
--	---	---

		<ul style="list-style-type: none">• Aus dem von uns aufgelegten <u>Kommunalen Sanierungsfonds</u> des Landes fließen in den Jahren 2017 – 2019 553 Millionen Euro für die Sanierung von Schulgebäuden und Brücken an die Städte, Kreise und Gemeinden.• Das Zukunftspaket, das wir letzten Sommer mit den kommunalen Landesverbänden geschnürt haben, stellt den Kommunen nochmals zusätzlich rund 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Teil des Pakets sind der <u>Pakt für Bildung und Betreuung</u> mit 80 Millionen Euro, die <u>Erhöhung der Kindergartenförderung</u>, ein <u>Digitalisierungsprogramm für die Schulen</u> im Land, der <u>Ausbau der Verkehrsförderung</u> in den Kommunen ab 2020, die <u>Krankenhausförderung</u> und die Beteiligung des Landes an den <u>Sozialleistungen für geduldete Flüchtlinge</u>.
--	--	--

<p>1. Hier sind Bienen wieder zuhause</p> <p>Lebensräume schützen, Artenvielfalt erhalten</p>	<p>Ohne Bienen und Hummeln, die Pflanzen bestäuben, gerät das biologische Gleichgewicht aus den Fugen. Wir müssen also achtsam mit der Natur umgehen, um ein gutes Leben für uns hier und für Menschen in allen Regionen der Erde zu ermöglichen. Zwischen Schönbuch und Streuobstwiesen liegt ein Paradies der Artenvielfalt. Unsere einzigartige Kulturlandschaft bietet unverzichtbare Lebensgrundlagen, die wir erhalten wollen. Deshalb setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass unsere Kommunen zu pestizidfreien Kommunen werden. Wir stärken die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft und sorgen für eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer kommunalen Flächen und Wälder. Um die Lebensräume von Tieren</p>	<p>Die Förderung der Biodiversität ist der grün-geführten Landesregierung ein großes Anliegen. Unsere Städte und Gemeinden sind wichtige Partner, um die Biodiversität zu erhalten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mit dem <u>Förderwettbewerb „Natur nah dran“</u> unterstützen wir im Zeitraum 2016 bis 2020 kommunale Projekte zum Erhalt der biologischen Vielfalt. https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/naturschutz/biologische-vielfalt-erhalten-und-foerdern/natur-nah-dran/ Insgesamt 50 Kommunen können innerörtliche Freiflächen in naturnahe, artenreiche Grünanlagen umwidmen. Ziel des Projekts ist es, durch die Gestaltung und das Management von öffentlichen Grünflächen im Siedlungsraum Tieren und Pflanzen einen Lebensraum im Wohnumfeld des Menschen zu bieten. Die biologische Vielfalt wird gefördert und die Lebensqualität der Bevölkerung durch eine Verbesserung des Klimas und einen gesteigerten Erlebniswert erhöht. Das Projekt wird auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes umgesetzt. • 2018 hat die grüne Landtagsfraktion das <u>Projekt „Blühende Gärten – damit es summt und brummt“</u> (https://baden-wuerttemberg.nabu.de/natur-und-landschaft/aktionen-und-projekte/bluehendeGaerten/index.html) initiiert. Ziel des bis März 2020 laufenden Projekts ist die Steigerung der biologischen Vielfalt im Siedlungsraum, u.a. durch Beratung von 50 Privatpersonen und 50 Kirchengemeinden, Vereinen oder Unternehmen zur naturnahen Umgestaltung privater Außenflächen. Außerdem sollen landesweit kostenfreie Vorträge bei mindestens zehn Prozent der Volkshochschulen und zehn Prozent der NABU-Gruppen in Baden-Württemberg angeboten werden, durch die einem breiten Publikum der Zugang zu Informationen rund um das Thema naturnah Gärtnern ermöglicht und leicht verständlich vermittelt werden kann.
---	---	---

	und Pflanzenarten zu schützen wollen wir Landschaftsentwicklungsbe- reiche wie Gräben, Böschungen und Trockentäler aufwerten und vernetzen.	
--	---	--

<p>2. Hier ist gutes Klima zuhause</p> <p>Energiewende schaffen, Umwelt erhalten</p>	<p>Klimaschutz fängt in den Kommunen an. Nur vor Ort schaffen wir die Energiewende. Deshalb werden wir weiter darauf hinwirken, dass in unseren Kommunen ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept und anspruchsvolle Richtlinien für energiesparendes Bauen umgesetzt werden. Die Gemeinden sollen für ihren eigenen Bedarf standardmäßig Ökostrom beziehen. Den Umstieg der Stadtwerke auf dezentrale, erneuerbare Stromerzeugung unterstützen wir. Auch das Handwerk und viele weitere lokale Unternehmen sind Motoren der Energiewende und für innovatives Wirtschaften. Die ökologische Kreislaufwirtschaft wollen wir verstärken, um Rohstoffe zu schonen und Müll zu vermeiden. Wir setzen uns</p>	<p>Das Land unterstützt die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Vorbildfunktion für den Klimaschutz. Hierzu hat die grün-schwarze Landesregierung Ende 2015 mit den kommunalen Landesverbänden den <u>Klimaschutzpakt abgeschlossen</u>. Mit der <u>Fortschreibung des Klimaschutzpakts für die Jahre 2018 und 2019</u> haben wir zahlreiche neue Fördermöglichkeiten geschaffen und die Mittel für kommunale Klimaschutzmaßnahmen gegenüber den Vorjahren deutlich aufgestockt. In den Jahren 2018 und 2019 stehen den Gemeinden, Städten und Landkreisen Fördermittel in Höhe von insgesamt 16 Millionen Euro zur Verfügung.</p> <p>Das Land unterstützt vor allem <u>Angebote zur Beratung und Vernetzung</u> von Kommunen und kommunalen Einrichtungen sowie von Multiplikator*innen und Mandatsträger*innen, insbesondere Gemeinde-, Stadt- und Kreisrät*innen im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Erstmals stehen auch <u>Fördermittel für nachhaltige, energieeffiziente Sanierungen von Schulen</u> bereit. Um die Wirkung des Paktes zu verstärken, können Gemeinden, Städte und Landkreise den Klimaschutzpakt mit einer Erklärung unterstützen. Bislang sind <u>247 Kommunen dem Klimaschutzpakt beigetreten</u>. Kommunen, die den Klimaschutzpakt noch unterstützen möchten, können die dafür notwendige, sogenannte unterstützende Erklärung beim Umweltministerium einreichen.</p> <p>Zudem unterstützt das Land die Klimaschutzaktivitäten der Kommunen mithilfe des <u>Förderprogramms „Klimaschutz-Plus“</u>. Seit 2002 konnten über 5.800 Vorhaben mit einem Zuschuss in Höhe von mehr als 130 Millionen Euro realisiert werden. Damit wurden Investitionen von insgesamt rund 950 Mio. Euro ausgelöst. 305.000 Tonnen CO₂ konnten dadurch eingespart werden. Im Förderzeitraum 2016 bis 2018 waren es 23.582 Tonnen CO₂ pro Jahr.</p> <p>Durch das <u>Förderprogramm „Klimaschutz mit System“</u>, das von EU und Land finanziert wird, kommt nochmals eine Einsparung von 20.896 Tonnen CO₂ pro Jahr hinzu. Seit 2018 können Schulträger über <u>„Klimaschutz-Plus“</u> eine ergänzende Förderung für nachhaltige Sanierungen erhalten.</p> <p>Klimaschutzpakt Baden-Württemberg</p>
--	---	--

	<p>auch dafür ein, dass viele unserer Städte zur Fairtrade-Stadt werden und Gemeinwohlbilanzen in kommunalen Betrieben eingeführt werden. So sorgen wir für hohe Umwelt- und Sozialstandards.</p>	<p>Der 2016 geschlossene <u>Klimaschutzpakt zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden</u> wurde in den Jahren 2018 bis 2019 deutlich auf 16 Millionen Euro aufgestockt. Auch hier stehen erstmals Fördergelder für energieeffiziente Sanierungen von Schulen zur Verfügung. Ziel des Pakts ist eine flächendeckende, weitgehend klimaneutrale Kommunalverwaltung bis zum Jahr 2040. 22 Prozent aller Kommunen in Baden-Württemberg haben sich der Initiative bisher angeschossen. Hier ist Luft nach oben.</p> <p>Im Rahmen des <u>Förderprogramms „Energieeffiziente Wärmenetze“</u> wurden bis Ende 2018 40 Projekte bezuschusst, darunter 23 sogenannte Energiedörfer. Hierbei handelt es sich um Kommunen im Ländlichen Raum, die mit einem Wärmenetz ausgestattet werden. Wichtigste Wärmequelle ist Bioenergie aus Biogasanlagen und Hackschnitzelbefeuerungen; Solarthermie und industrielle Abwärme werden zukünftig immer wichtiger werden.</p> <p>Das Land fördert <u>zwölf regionale Photovoltaik-Netzwerke</u>, indem es Informationen und Beratungen anbietet. Mittels Exkursionen und Veranstaltungen sollen Hemmnisse beim Photovoltaikausbau überwunden werden. Dafür stellt das Land 3,5 Millionen Euro zur Verfügung.</p> <p>Baden-württembergische Unternehmen sind weltweit führend bei Umwelttechnologien und ressourceneffizienten Produktionsverfahren. Mit unserer <u>Landesstrategie Ressourceneffizienz</u> ist auch die Landesregierung führend bei Aktivitäten in diesem Bereich. Um diese Führungsposition gemeinsam mit den baden-württembergischen Unternehmen weiter auszubauen, haben wir im Doppel-haushalt 2018/19 für die Umsetzung der Ressourcenstrategie und einen gemeinsamen Think Tank mit Unternehmen, der innovative Technologien und Produktionsverfahren entwickelt, weitere 5,8 Millionen Euro bereitgestellt.</p>
--	---	--

<p>3. Hier ist Ankommen zuhause</p> <p>Nahverkehr ausbauen, nachhaltig weiterkommen</p>	<p>Der Weg zur Arbeit, in die Schule, in der Freizeit: Mobil zu sein ist wichtig, um das eigene Leben zu gestalten. Wir werden deshalb für mehr nachhaltige Mobilität in Herrenberg den öffentlichen Nahverkehr sowie Rad- und Fußwege weiter ausbauen. Wir führen die ÖPNV-Offensive der grün-geführten Landesregierung bei uns vor Ort fort. Das ist gut für Sie und für die Umwelt: So verringern wir Treibhausgase, schützen mit sauberer Luft die Gesundheit und ermöglichen Jung und Alt, verlässlich ohne Auto unterwegs zu sein. Unser Ziel ist, dass auch in die Teilorte von frühmorgens bis spätabends mindestens stündlich Bus, Bahn oder Ruftaxi fahren. In unserem Verkehrskonzept denken wir Verkehrs- und</p>	<p>Die grün-geführte Landesregierung unterstützt die <u>kommunale Verkehrsinfrastruktur</u> über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG):</p> <p>Nach Auslaufen der Bundesmittel sorgen wir dafür, dass die Kommunen umwelt- und klimafreundliche Mobilität gewährleisten können. Die Mittel für kommunale Straßen, Radwege und den Ausbau von Bus und Bahn werden vom Land mit jährlich 165 Millionen Euro weitergeführt, und der gemeinsame Infrastrukturbeitrag von Land und Kommunen auf jährlich 320 Millionen Euro aufgestockt. Davon sollen 192 Millionen Euro in ÖPNV und Radinfrastruktur gehen, 128 Millionen Euro in kommunalen Straßenbau (LGVFG-Novelle ist in Überarbeitung).</p> <p>2017 ist das Land nach elf Jahren Auszeit wieder in die <u>Schienenfahrzeugförderung für den kommunalen ÖPNV</u> eingestiegen. Für den Ersatz von Straßenbahnen und Stadtbahnen stehen damit bis 2019 jährlich 20 Millionen Euro bereit. Mit der Aufstockung im LGVFG wird auch ab 2020 eine Schienenfahrzeugförderung möglich sein.</p> <p>Das Land hat für den <u>Schienenpersonennahverkehr (SPNV)</u> neue Verträge abgeschlossen: Durch erfolgreiche Vergabeverfahren können nach und nach in allen Netzen <u>dichtere Takte und bessere Angebote</u> im SPNV mit neuen, komfortablen Zügen angeboten werden.</p> <p>Mit dem <u>BW-Tarif</u> gibt es seit dem 9. Dezember 2018 ein Bahnticket für den Nahverkehr, das landesweit in allen 22 Verkehrsverbänden gilt und im Schnitt 25 Prozent günstiger ist als der bisherige Nahverkehrstarif der DB. Der BW-Tarif beinhaltet auch den ÖPNV am Start- und Zielort.</p> <p>Die Zahl der Tarifzonen im VVS Gebiet (Verkehrsverband Stuttgart) wird mit der <u>VVS Tarif-Reform</u> von 52 auf fünf reduziert. Die Sektorengrenzen werden aufgelöst.</p>
---	---	--

	<p>Stadtplanung zusammen, um für sichere und kurze Wege sowie Barrierefreiheit zu sorgen. Für mehr Elektromobilität wollen wir die Ladeinfrastruktur ausbauen.</p>	<p>Verbünde, die eine ähnlich weitreichende Reform durchführen wollen, können ebenfalls mit Unterstützung des Landes rechnen.</p> <p><u>Mit der ÖPNV-Finanzierungsreform</u> versetzen wir die Stadt- und Landkreise als Aufgabenträger in die Lage, den öffentlichen Nahverkehr in ihrer Verantwortung attraktiv, komfortabel und zuverlässig zu gestalten. Ziel ist (mindestens) ein Stundentakt im ganzen Land von Montag bis Sonntag von 5 bis 22 Uhr. Hierfür wachsen die Zuschussmittel von ca. 200 auf 250 Millionen Euro bis 2023 auf.</p> <p>Mit dem <u>Förderprogramm für Regio-Busse</u> unterstützen wir – insbesondere im ländlichen Raum - die kommunalen Aufgabenträger mit bis zu 50 Prozent der zusätzlichen Kosten für attraktive, schnelle Verbindungen als Lückenschlüsse dort, wo keine Schienen liegen. Seit dem Start des Förderprogramms in 2015 ist die Zahl der Regiobus-Linien auf 15 gewachsen. Wir wollen natürlich noch mehr!</p> <p>Und schließlich fördern wir mit Landesmitteln <u>vier Modellkommunen, die innovative ÖPNV-Finanzierungsmaßnahmen in der Praxis erproben</u> (Mobilitätspass, Nahverkehrsabgabe u.a.). (vgl. https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/grosse-resonanz-auf-geplantes-gutachten-zur-kommunalen-oepnv-finanzierung/).</p> <p>Ziel ist es zum einen, einen guten Katalog an „Best Practise“-Beispielen zur Nachahmung zu haben. Zum anderen soll der notwendige Rechtsrahmen für ein Bürgerticket, eine Nahverkehrsabgabe, eine Straßenbenutzungsgebühr oder ähnliches als Angebot für die Kommunen geschaffen werden.</p>
--	--	--

<p>4. Hier sind Chancen zuhause</p> <p>Bildung stärken, Perspektiven schaffen</p>	<p>Wir wollen, dass jedes Kind die besten Bildungschancen hat – ob Cleverle oder Träumerle, ob Lisa oder Mehmet. Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen. Eine hervorragende frühkindliche Bildung hat für uns Priorität. Deshalb wollen wir den guten Personalschlüssel und die hohe pädagogische Qualität in unseren Kitas sichern. Wir müssen aber auch noch mehr in Gebäude und Personal investieren, um mehr Betreuungsplätze für alle Altersstufen zu schaffen. Mit sozial gestaffelten Beiträgen wollen wir sicherstellen, dass Kitas für alle offenstehen. Unsere Schulen sollen eine attraktive Umgebung zum Lernen bieten. Deshalb wollen wir sie für die Digitalisierung, für individuelle Förderung und</p>	<p>Die grün-geführte Landesregierung investiert besonders viel in die Bildung: Der Etat des Kultusministeriums umfasste im Haushaltsjahr 2018 mehr als elf Milliarden Euro. Das ist im Vergleich zum Vorjahr 2017 eine Steigerung um 476 Millionen Euro. In diesem Jahr kommen weitere 273 Millionen Euro dazu.</p> <p>Der Grundstein für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe wird in der frühen Kindheit gelegt. Daher investieren wir massiv in die <u>frühkindliche Bildung</u>. 2018 haben wir 925 Millionen Euro und 2019 weitere 1,02 Milliarden Euro für den <u>Ausbau der Kinderbetreuung</u> bereitgestellt. Zum Vergleich: 2010 waren es knapp 110 Millionen Euro.</p> <p>Mit dem <u>Pakt für gute Bildung und Betreuung</u> investieren wir in die <u>Qualität der frühkindlichen Bildung</u>. Insgesamt umfasst der Pakt rund 80 Millionen Euro.</p> <p>Mit einem Landesprogramm haben wir die <u>Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren</u> vorangetrieben. Für die nächsten Jahre ist ein weiterer Ausbau der Kinder- und Familienzentren geplant. Hierfür haben wir in den letzten Jahren über 5 Millionen Euro bereitgestellt.</p> <p>Die <u>Gewährleistung der Unterrichtsversorgung</u> an unseren Schulen hat für uns hohe Priorität. Deshalb erhalten wir die 700 Lehrerstellen, die wegen des unzutreffend prognostizierten demographischen Wandels ursprünglich gestrichen werden sollten. Vom Stopp des Abbaupfads profitieren landesweit alle Schularten. Darüber hinaus hat die grün-geführte Landesregierung an den Pädagogischen Hochschulen des Landes zum Studienjahr 2018/2019 und 2019/2020 <u>zusätzlich 400 Studienanfängerplätze</u> eingerichtet, so dass die Studienanfängerplätze wieder das Niveau des Jahres 2011 erreichen.</p> <p><u>Die Ganztagschulen bauen wir konsequent weiter aus</u>. Für uns ist die Ganztagschule nicht nur ein Betreuungsangebot, sondern ein wichtiger Beitrag für mehr</p>
---	---	--

	<p>moderne Unterrichtsformen gut ausstatten und die Gebäude in Schuss halten. Wir setzen uns für ein gutes Angebot an Ganztageschulen ein und wollen längeres gemeinsames Lernen an Gemeinschaftsschulen ermöglichen. Wir wollen Freiräume schaffen für Jugendliche, aber auch für kreative und innovative Ideen in Kunst und Kultur.</p>	<p>Bildungsgerechtigkeit. Denn sie bietet Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft optimale und kostenlose Lern- und Förderangebote.</p> <p>Die rund <u>300 Gemeinschaftsschulen</u> leisten eine hervorragende Arbeit und bereichern unser Schulsystem mit ihren innovativen Konzepten. Die Ergebnisse der mittleren Abschlüsse an den Gemeinschaftsschulen bestätigen, dass der Weg des gemeinsamen Lernens zum Erfolg führt. Den Starterschulen ist es gelungen, trotz einer leistungsschwächeren Schülerschaft im Vergleich zu den Realschulen ganz ähnliche oder teilweise sogar deutlich bessere Ergebnisse zu erzielen. Auch in Zukunft können neue Gemeinschaftsschulen entstehen – und auch Oberstufen sind möglich, wenn die dafür notwendige Mindestschülerzahl erreicht wird.</p> <p>Wir geben den <u>Realschulen und Gymnasien zusätzliche Poolstunden</u>, damit sie ihren Schülerinnen und Schülern mit individualisierten Lernformen passgenaue Förderangebote machen und so die Unterrichtsqualität verbessern können.</p> <p>Für die <u>anstehende Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe an den allgemein bildenden Gymnasien</u> stellen wir zudem zusätzlich 65 Deputate bereit. Mit dieser Reform wollen wir fachliche Vertiefungen ermöglichen, Allgemeinbildung stärken und die Individualität und Eigenständigkeit der Schülerinnen und Schüler fördern.</p> <p>Zum Schuljahr 2018/19 hat das Land die <u>Bildungsangebote für zugewanderte Kinder und Jugendliche</u> qualitativ weiterentwickelt und an die konkreten Bedürfnisse der Praxis angepasst. <u>Sprache ist der Schlüssel zu Bildung</u>. Nur wenn zugewanderte Kinder und Jugendliche unsere Sprache beherrschen, haben sie eine ehrliche Chance. Hier setzen wir an. Dafür haben wir zusätzliche 565 Stellen mit einem Gegenwert von rund 35 Millionen Euro verlängert.</p> <p>Die <u>Digitalisierung</u> ist eine große bildungspolitische Herausforderung. Wir wollen die <u>digitale Bildung an unseren Schulen stärker verankern</u>, beispielsweise durch den <u>Aufbaukurs Informatik</u> zunächst in Klasse sieben an allen allgemeinbildenden</p>
--	---	--

		<p>Gymnasien oder das <u>neue Profulfach „Informatik – Mathematik – Physik“ (IMP)</u>. IMP ermöglicht den Schülerinnen und Schülern im Anschluss an den Aufbaukurs Informatik in Klasse sieben, sich vertieft mit Inhalten der Informatik, Mathematik und Physik auseinanderzusetzen. Im Schuljahr 2019/20 startet IMP auch an den Gemeinschaftsschulen. Dafür stellen wir 174 zusätzliche Deputate zur Verfügung.</p> <p>Die <u>Einführung des Ethikunterrichts</u> ist eine weitere wichtige gesellschaftliche und soziale Herausforderung, die wir in den nächsten Jahren angehen wollen. Für den stufenweisen Ausbau haben wir im Landeshaushalt 2018/2019 zusätzlich 71 Deputate zur Verfügung gestellt. Damit wird das Fach Ethik ab dem Schuljahr 2019/20 absteigend ab Klasse 7 in den Schularten Haupt- und Werkrealschulen, den Realschulen, den Gemeinschaftsschulen, Gymnasien sowie den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren eingeführt.</p>
--	--	---

<p>5. Hier ist Vielfalt zuhause</p> <p>Zusammenhalt fördern, Offenheit leben</p>	<p>Damit Vielfalt und Zusammenhalt gelingen, müssen alle an der Gesellschaft teilhaben können. Wer wenig Geld hat, soll ÖPNV, Schwimmbad, Bücherei und Co. vergünstigt nutzen können. Wohnortnahe und niedrigschwellige Unterstützungsangebote im Alter, bei Behinderung oder Lebenskrisen bauen wir aus. Weil Integration vor Ort gelingt, verstärken wir die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Ehrenamtlichen, Integrationsbeirat und sozialen Organisationen. Die kommunale Verwaltung soll Sie, die Bürger*innen, zu anstehenden Projekten frühzeitig informieren und anhören – auch online. Ausschuss-Vorberatungen sollen öffentlich sein. Den Bürgerservice wollen wir digitalisieren und</p>	<p>Gesellschaftlicher Zusammenhalt beginnt da, wo man zuhause ist: Wir begleiten und unterstützen die Kommunen in Baden-Württemberg mit der <u>Landesstrategie „Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten“</u> bei der Entwicklung von sozialräumlichen Quartieren von morgen.</p> <p>Wir wollen Quartiere, in denen Menschen jeden Alters, Familien und Alleinstehende, Menschen unterschiedlichster Herkunft, gesund und krank, mit und ohne Behinderung, sich begegnen, sich austauschen und gemeinsam lebendige und lebenswerte Quartiere gestalten.</p> <p>Mit dem <u>Pakt für Integration</u> sorgen wir dafür, dass aus Flüchtlingen Bürgerinnen und Bürger werden. Wir haben den Kommunen für den Zeitraum von 24 Monaten 320 Millionen Euro für Integrationsförderprogramme und als Unterstützung für die Integration vor Ort zur Verfügung gestellt. Mit den als Kernstück des Paktes geförderten Integrationsmanager*innen haben wir einen neuen Standard in der Integrationsarbeit gesetzt. Im Jahr 2019 stellen wir als Land weitere 70 Millionen Euro zur Verfügung, um die Programme des Paktes für ein weiteres Jahr zu gewährleisten.</p> <p>Wir wollen <u>mehr Teilhabe und Selbstbestimmung</u> für die Menschen in Baden-Württemberg. Dafür setzen wir das <u>Bundesteilhabegesetz Hand in Hand mit den Kommunen</u> auf Landesebene um. Und wir bringen <u>Gute Pflege</u> voran, indem wir sie bedarfsgerecht und wohnortnah entwickeln.</p> <p>Mit der <u>Einrichtung von Gesundheits- und Pflegekonferenzen und von Pflegestützpunkten in den Kommunen</u> wollen wir die kommunale Planung, Koordination und Beratung in der Pflege stärken.</p> <p>Wir sind überzeugt davon, dass die Kommunen am besten wissen, was die Bedarfe der Menschen vor Ort sind.</p>
--	--	--

	<p>verbessern. Wir verwirklichen Chancengleichheit für Frauen und wollen deshalb das Büro der Gleichstellungsbeauftragten stärken. Die von der grüngeführten Landesregierung eingeführte verpflichtende Beteiligung der Jugendvertretungen werden wir weiter engagiert umsetzen.</p>	<p>Die <u>Krankenhäuser</u> im Land erhalten so hohe Mittel wie noch nie. Allein 2017 standen zusammen mit den Mitteln aus dem Krankenhausstrukturfonds des Bundes über 525 Millionen Euro zur Verfügung. 2018 und 2019 kamen dann nochmal insgesamt über 450 Millionen Euro für die Jahreskrankenhausbauprogramme hinzu. Damit stärken wir auch für die Zukunft eine <u>qualitativ hochwertige Behandlung in Krankenhäusern, sowohl in Städten als auch auf dem Land.</u></p> <p>Wir kümmern uns um <u>Kinder und Jugendliche</u> und wollen sie dazu ermutigen, sich an unserer vielfältigen Gesellschaft zu beteiligen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • In dieser Legislaturperiode wurden bereits über 12 Millionen Euro für den <u>Masterplan Jugend</u> bereitgestellt, um die Kinder- und Jugend(sozial)arbeit gemeinsam mit Akteuren vor Ort weiter zu entwickeln. • Mit der Novellierung der Gemeindeordnung haben wir 2015 auf kommunaler Ebene verpflichtend eine <u>Beteiligung der Jugendvertretungen</u>, ob durch Jugendgemeinderat oder Jugendforum, eingeführt. Diese muss nun tatsächlich verpflichtend in allen Städten und Gemeinden umgesetzt werden. <p>Um Gleichbehandlung zu fördern und Diskriminierung abzubauen haben wir die Mittel für den <u>Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte</u> für die Jahre 2018/2019 nochmals erhöht. In Kooperation mit den Kommunen finden unter anderem mehrere regionale „Akzeptanzveranstaltungen“ statt.</p>
--	--	--

<p>6. Hier wird zu Hause bezahlbar</p> <p>Wohnraum schaffen, Lebensqualität sichern</p>	<p>Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf – es ist ein Grundbedürfnis, das mit darüber entscheidet, ob wir Wurzeln schlagen und uns frei fühlen können. Bezahlbaren und passenden Wohnraum zu finden, kann eine große Herausforderung sein. Deshalb müssen die Kommunen stärker in den sozialen Mietwohnungsbau investieren und vorgeben, dass neue Baugebiete zu 30 Prozent für mietpreisgebundene Wohnungen reserviert werden. Leerstand bedeutet Stillstand – mit einem Zweckentfremdungsverbot wollen wir Leerstand verhindern und Freiräume kreativ nutzen und weiterentwickeln. Mit einer sozialen und ökologischen Ortsentwicklung sorgen wir für lebendige Ortskerne,</p>	<p>Die <u>Schaffung zusätzlichen Wohnraums</u> ist für die Landtagsfraktion eine zentrale und drängende Aufgabe. Deshalb investieren wir massiv in Wohnraumförderung und verbessern die Förderkonditionen: 2010 hat die Landesregierung aus CDU und FDP knapp 50 Millionen Euro in die <u>Wohnraumförderung</u> investiert. Unter der grüngeführten Landesregierung sind es 2019 ein Fünffaches mehr, insgesamt 250 Millionen Euro jährlich. 180 Millionen davon gehen in den <u>Sozialen Wohnungsbau</u>.</p> <p>Mit den <u>klassischen Städtebaufördermitteln</u> helfen wir den Kommunen und Einzeleigentümer*innen, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen bzw. zu sanieren, Ortskerne attraktiv und barrierefrei zu gestalten, Brachen zu aktivieren und Baulücken zu schließen. Im laufenden Jahr 2019 stellen wir dafür 257,4 Millionen Euro zur Verfügung, rund 100,8 Millionen Euro davon sind Bundesmittel. Mit den <u>nicht-investiven Städtebaumitteln, dem Entwicklungsprogramm ländlicher Raum oder „Quartier 2020“</u> unterstützen wir Orts- und Quartiersentwicklung.</p> <p>Mit der <u>„Wohnraumoffensive Baden-Württemberg“</u> nehmen wir nochmals 35 Millionen Euro zusätzlich in die Hand:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Damit sollen die Kommunen mit hilfreichen Instrumenten vor Ort unterstützt werden. Wir wollen <u>Wohnraummanager in Rathäusern</u> einsetzen. Als Bauexpert*innen könnten sie diese Leerstände angehen, bei Konflikten vermitteln und der Verwaltungsspitze mit ihrem Expertenwissen zur Seite stehen. Durch eine entsprechende Förderlinie sollen die Kommunen als Wohnungsbauakteure konkret unterstützt werden. • Neben den Kommunen wollen wir weitere Player auf dem Feld Wohnungsbau unterstützen: <u>Baugenossenschaften</u> sind ein idealer Akteur, um mehr Wohnungen im unteren und mittleren Bereich zu schaffen. Wir setzen uns für <u>erweiterte Landesbürgschaften</u> ein. • Auf Landesebene halten wir parallel dazu die <u>Einrichtung eines Beratungszentrums des Landes</u> für sinnvoll, das Kommunen als zentraler Ansprechpartner und aktiver Flächenakteur unterstützen soll. Es gilt, gemeinsam mit den Kommunen vorhandene
---	---	--

	<p>Kulturangebote und Barrierefreiheit und minimieren den Flächenverbrauch. Damit stärken wir Begegnung, Austausch und ein gutes Zusammenleben von Alt und Jung.</p>	<p>Flächenpotentiale zu heben und den Zwischenerwerb von Flächen zu unterstützen. So können Städte und Gemeinden Grundstücke kaufen, um darauf Wohngebäude zu bauen.</p> <p>Der <u>Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung gilt ebenso wie „Höhe vor Fläche“</u>. Wir ermuntern die Kommunen, ihre Flächenpotenziale genau zu erfassen um festzustellen, wo Bauland innenliegend entwickelt werden könnte. Denn Bauflächen sind knapp und teuer. <u>Vertikale Stadtplanung</u> ist das Zauberwort – wo immer städtebaulich verträglich. Die Erfahrung zeigt: Das Potenzial ist fast immer größer als ursprünglich gedacht. Wir unterstützen die Kommunen dabei, z.B. mit der Unterstützung für kommunale Flächenmanager*innen, dem Flächenmanagement-Tool FLOO oder der verbilligten Abgabe von Landesgrundstücken.</p> <p>Wir werden dieses Jahr im Landtag eine <u>neue Landesbauordnung</u> beschließen: Das <u>Bauen mit Holz</u> und das <u>Aufstocken von bestehenden Gebäuden</u> werden wir dadurch erleichtern. Die gerade auch wegen zunehmender Hitze und Extremwetterlagen notwendige <u>Begrünung</u> bleibt in der Landesbauordnung auch künftig erhalten. Hinzu kommen künftig <u>Leerrohre zur Förderung der Elektromobilität</u>.</p>
--	--	--

**Zu Hause viel vor –
gemeinsam Zukunft
gestalten**

Baden-Württemberg ist bunt und weltoffen. Wir haben für das Land und gemeinsam mit den Menschen vor Ort noch viel vor. Seit der grünen Regierungsbeteiligung 2011 und der Politik des Gehört-Werdens haben unzählige Bürgerdialoge zu verschiedenen Themen stattgefunden. Beteiligung ist eine Bereicherung für die Politik. Sie fördert den Zusammenhalt, weil sie die Vielfalt gesellschaftlicher Interessen artikuliert und Menschen Verantwortung für heute und morgen übernehmen.

Wir wollen, dass noch mehr Menschen am demokratischen Prozess der teilhaben können - auch Menschen ohne deutschen oder EU-Pass, die schon lange bei uns wohnen, und betreute Menschen mit Behinderung. Nach der Entscheidung des BVerfG über die Rechtswidrigkeit von Wahlrechtsausschlüssen drängen wir darauf, dass nun so schnell wie möglich eine bundesweite, verfassungsgemäße Regelung umgesetzt wird.

In Baden-Württemberg haben wir eine gesetzliche Übergangsregelung für die Kommunalwahlen auf den Weg gebracht und im Landtag verabschiedet, damit betreute Menschen mit Behinderung ihr Wahlrecht bereits bei der Kommunalwahl am 26. Mai ausüben können.

Insbesondere junge Menschen übernehmen Verantwortung und machen sich Gedanken über ihre Zukunftschancen und die Zukunft unserer Gesellschaft - wie aktuell die Friday-for-Future- Demonstrationen zum Klimaschutz zeigen. Wir setzen uns dafür ein, das Wahlalter für das aktive Wahlrecht bei allen Wahlen auf 16 Jahre abzusenken. Gleichzeitig streben wir auf kommunaler Ebene eine Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsrechte auch auf das passive Wahlrecht an. Jugendliche erfahren hier unmittelbar die Auswirkungen ihres Engagements. Egal ob es um den Bau eines Sportplatzes, das Schließen eines Jugendhauses oder einen Nachtbus geht, sie sind stark von Entscheidungen in ihrer Gemeinde betroffen.

Seit April 2013 haben 16- und 17-Jährige in Baden-Württemberg auf kommunaler Ebene das aktive Wahlrecht.